

SED-Betrug mit Ferienaktion

Eltern holen ihre Kinder zurück – Die „Ausweichlager“

Einige zehntausend Kinder aus der Sowjetzone, die in den vergangenen Wochen zu Ferienaufenthalten in den Thüringer Wald oder an die Ostsee gefahren sind, schrieben jetzt ihren Eltern aus Pionierlagern in der Umgebung Magdeburgs und Berlins. Die Eltern erhielten kurze Benachrichtigungen, die ursprünglich vorgesehenen Ferienplätze seien „bereits belegt“, und man habe die Kinder „in gleichwertige Ausweichlager gebracht“. Gleichzeitig klopfen Hunderte von FDJ-Wandergruppen und Pionier-Fahrzirkeln vergeblich an die sowjetzonalen Jugendherbergen: Die meisten sind in diesem Sommer überhaupt nicht bewirtschaftet, obwohl sie im Wanderplan der FDJ enthalten sind, andere wurden für niemals eintreffende „westdeutsche Jugendgruppen“ reserviert.

Viele Eltern, die von der Änderung des Ferienaufenthalts erfahren, haben ihre Kinder inzwischen zurückgeholt. Sie konnten dabei feststellen, daß die Kinder trotz des schlechten Wetters in Zeltlagern und Behelfsquartieren untergebracht und durchweg nicht im versprochenen Maße verpflegt worden sind.

Aus Ostberlin sind bisher über die Hälfte der Pionier-Wandergruppen vorzeitig zurückgekehrt.

Mehrere Thüringer FDJ-Lager sind zur Zeit doppelt belegt, weil die versprochenen Omnibusse hier zum Rücktransport nicht eingetroffen sind. Die Jugendlichen und Kinder werden schubweise mit Lastwagen in ihre Heimatorte zurückgeschafft.

Dagegen stehen noch immer insgesamt sieben Heime und drei Lager für aus der Bundesrepublik durch Vermittlung der KP-Leitungen erwartete Kindertransporte leer.

Alle Versuche, diese Heime vorübergehend als Ausweichquartiere für die um ihren Urlaub betrogenen Jugendlichen aus der Sowjetzone zu belegen, wurden von der Zentralen Ferienkommission abgelehnt.

Obwohl vor Beginn der Ferien in allen Ostzeitzungen große Reportagen über das HO-Sortiment an Wanderbedarfs- und

Sportartikeln veröffentlicht wurden, gibt es gegenwärtig fast nirgends Windjacken, Sportbekleidung, Zeltbahnen, Zeltstöße, Kochgeschirre oder Wassersportgerät. Bereits am 29. Juli griff das FDJ-Zentralorgan „Junge Welt“ die HO „Sportartikel“ deshalb an:

Zehntausende von Jugendlichen müßten in diesem Sommer auf ihren zum Teil bereits lange in den FDJ-Gruppenkassen angesparten Urlaub verzichten, weil man ihnen weder Ferienplätze noch Wanderbedarf zur Verfügung stellen darf.

Aber Wehrsport!

Von den FDJ-Kreisleitungen wird versucht, die enttäuschten Jugendlichen unter Ausnutzung der Lage zum Besuch von Lagern der „Gesellschaft für Sport und Technik“ zu überreden. In die-

sem Fall würde es plötzlich für sie Wanderbedarfsartikel aus dem Vorrat der GST geben.

Deutlicher konnte die SED kaum zeigen, wie wenig ihr an echter Ferienfreude der Jugendlichen liegt. Tatsächlich lagern große Vorräte der jetzt dringend benötigten Geräte und Sportbekleidung in den GST-Lagern!

Ablenkungsmanöver

Um von diesen Zuständen bei der sowjetzonalen Ferienaktion abzulenken, ging am 4. August eine „Empfehlung“ an die Redaktionen der Zonenpresse, sich mit den teilweise aufgetretenen Verspätungen beim Abtransport Westberliner Kinder aus bayerischen Ferienorten ausführlich zu befassen.

Der Ostberliner „BZ am Abend“ liegen Hunderte von Leserbriefen empörter Ostberliner Eltern vor, die die sofortige Rückführung ihrer Kinder aus den sogenannten „Ausweichlagern“ in der Sowjetzone verlangen. Besonders heftig kritisiert wird die Tatsache, daß die Eltern die vorzeitige Rückführung selbst bezahlen müssen und auch das bereits eingezahlte Feriengeld in diesem Fall verloren ist.

Nächster Kirchentag in Frankfurt?

Die evangelische Kirche in Hessen und Nassau hat das Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages in Fulda gebeten, den nächsten Kirchentag in Frankfurt/M. zu veranstalten.

An zweiter Stelle

Nach der neuesten Statistik der UNESCO stand die Bundes-

republik Deutschland hinter Großbritannien an zweiter Stelle in der Weltbuchproduktion.

Im Jahre 1952, dem letzten, über das weltweite Statistiken zur Verfügung stehen, wurden in der Bundesrepublik 10 586 neue Titel herausgebracht, in Großbritannien 13 150, in Frankreich 10 410, in Japan 9643, in den USA 9399.

J. B. GRADL

Vor wichtigen Entscheidungen

Der Bundeskanzler hat in seiner Rundfunkansprache „die Politik des europäischen Zusammenschlusses, zu der die Europäische Verteidigungsgemeinschaft als tragendes Glied gehört“, wieder als die „einzige Möglichkeit“ bezeichnet, „Sowjetrußland zu einer Änderung seiner Politik hinsichtlich der Wiedervereinigung Deutschlands zu veranlassen“. Unbestreitbar ist, daß die europäische Mitwirkung zu friedlicher Minderung der west-östlichen Hochspannung wesentlich davon abhängt, ob sich das freiheitliche Europa auf einen gemeinsamen politischen Willen einigen kann, natürlich auf Willen, nicht auf Willenslosigkeit.

Es ist ein merkwürdiger Zustand, daß der Regierungschef des Landes, das in der zur Entscheidung stehenden Frage der EVG die Schlüsselstellung hat, bis heute seinen eigenen Willen nicht deutlich gemacht hat. Das erklärte Ziel von Mendès-France ist die innere Stabilisierung Frankreichs. Dieses Hauptziel und seine eigene Position wird er nicht gefährden wollen durch eine EVG-Entscheidung, die das Land in zwei erbittert sich befehdende Hälften spaltet.

Ein Kompromiß?

Das alles scheint zum Kompromiß zu drängen. Ein Kompromiß ist nur möglich durch Änderung der EVG oder durch Vertagung oder durch eine Kombination, zum Beispiel derart, wie sie Mendès-France vielleicht vorschwebt: Ratifizierung mit verzögertem, aber von vornherein festgelegtem Beginn. Die Zwischenzeit soll zum nochmaligen Versuch einer Viererkonferenz mit den Sowjets genutzt werden. Der festgelegte Termin hätte dabei ähnlich wie

der beim Regierungsantritt von Mendès-France selbst gestellte Schlußtermin der Indochina-Verhandlungen den Sinn, so-wjetische Verzögerungspolitik zu verhindern. Der andere, ältere Kompromißplan, der Mendès-France zugeschrieben wird, sieht sofortiges Inkrafttreten der Ratifikation, aber Befristung des Vertragswerkes auf zunächst wenige Jahre und späteren Beginn der übernationalen Einrichtungen vor. Auch hier spielt der Gedanke eine Rolle, den Weg zu anderen Lösungen des europäischen Problems offen zu halten.

Man darf gespannt sein, ob auf der Brüsseler Konferenz in vierzehn Tagen tatsächlich solche französischen Vorschläge gemacht werden und wie sich die anderen EVG-Partner dazu stellen werden.

Nur Kleinigkeiten

Alles wäre anders, wenn begründete Hoffnung wäre, daß die sowjetische Politik endlich und wirklich zum Einlenken bereit ist. Aber hat es gegenwärtig Sinn, darauf zu hoffen? Daß die sowjetische Diplomatie in Bewegung ist, ist unverkennbar. Es hat sich in Genf gezeigt, es zeigt sich jetzt in der überraschenden Doppelnote mit ihren Konferenzvorschlägen, es zeigt sich auch in Dingen, die am weltpolitischen Geschehen gemessen Kleinigkeiten sind, aber für uns ihre Bedeutung haben: weitere Freilassung politischer Häftlinge, Zulassung eines stark erweiterten Interzonenverkehrs, Annahme der amerikanischen Hilfsleistung für das sowjetzonale Überschwemmungsgebiet — das alles sehr zum Mißvergnügen des Pankower Regimes.

Nicht ohne freie Wahlen

Man mag die sowjetischen Noten noch so genau studieren, bisher lassen sie nicht erkennen, daß die sowjetische Politik die kommunistische Position in der Sowjetzone aufzugeben bereit ist. Offenbar will man

im Kreml immer noch nicht erkennen, daß eine Änderung der bisherigen Sicherheitsvorstellungen des freien Europa niemals eine Vorausleistung sein kann und daß das Verlangen nach freier Entscheidung der gesamtdeutschen Wählerschaft einfach nicht aufgegeben werden kann.

Dennoch wäre der Standpunkt falsch, es habe keinen Sinn, Zeit und Gedanken an die sowjetischen Äußerungen zu verschwenden, weil die Sowjets „ihre Politik ja doch nicht ändern und auch keine Notwendigkeit für sie besteht, es zu tun“. Das letztere wäre nur dann der Fall, wenn die bevorstehende EVG-Entscheidung völlig negativ ausfiel und auch jeder andere Beginn der deutschen Wiederbewaffnung überhaupt unterbliebe. Man darf wohl hoffen, daß der Westen in dieser Hinsicht in den kommenden Wochen nicht sich selbst um die Möglichkeit friedlicher, aber dennoch aktiver Politik bringt.

Grund genug

Auf die erstere Frage, ob man überhaupt ernsthaft mit einer Änderung der sowjetischen Politik rechnen kann, gibt es keine sichere Antwort. Aber alle schlechten Erfahrungen entbinden nicht davon, auf Änderung hinzuwirken und für ihre Möglichkeit politisch auf ihre Möglichkeit politisch aufgeschlossen zu sein. Die Sowjets bringen immer wieder ihre Besorgnis vor einem wiederbewaffneten Deutschland zum Ausdruck. Der Bundeskanzler hat ähnlichen französischen Sorgen geantwortet mit der klaren Feststellung „Wiedervereinigung nur auf friedlichem Wege“. Dieselbe Antwort gilt auch gegenüber den Sowjets. Dennoch ist die sowjetische Besorgnis psychologisch verständlich. Der Kreml muß in seinen politischen Zukunftsrechnungen die Deutschen als ein Volk mit sehr unfreundlichen Gefühlen und mit unangenehm drängendem politischen Willen einsetzen, solange die Sowjetunion fünf deutsche Länder mit achtzehn Millionen Deutschen unter ein fremdes und verhaßtes Regime zwingt. Das sollte eigentlich Grund genug sein, daß die Sowjets ihre Politik in bezug auf Deutschland endlich ändern.

Der Streik im Westen

Nicht überraschend — Die wirtschaftliche Besserung

Die Handhabung großer Lohnbewegungen will „gelernt“ sein; dazu müssen die Beteiligten wieder Erfahrungen sammeln; denn von „normalen Verhältnissen“, bei denen es im Verteilungskampf zuweilen zu härteren Auseinandersetzungen zu kommen pflegt, konnte man in der Nachkriegszeit kaum sprechen. Zwar haben wir seit 1949 ständig Lohnerhöhungen gehabt, mehr als in den meisten anderen Ländern. Aber diese Lohnbewegungen im Stadium des Aufholens gingen verhältnismäßig glatt über die Bühne; jedenfalls ist es zu eigentlichen großen Arbeitskämpfen nicht gekommen.

Jetzt auf einmal erhält man einen anderen Eindruck. Kommt dies nur daher, daß jetzt um jedes weitere Prozent der wirtschaftlichen Leistungssteigerung härter gerungen werden muß oder haben sich die Sozialpartner mehr und mehr auseinandergelebt? Sind die sozialen Spannungen größer geworden? Handelt es sich sogar „um eine gewerkschaftliche Offensive im außerparlamentarischen Raum“, wie das Industrieinstitut der Arbeitgeber meinte? Es wurde auch die Vermutung geäußert, daß die „Gewerkschaften hoffen, durch eine erhöhte lohnpolitische Aktivität die rückläufige Mitgliederzahl aufzuhalten“. Auch auf die Rivalitäten der großen Industrieergewerkschaften bei den Neuwahlen im Oktober von bevorstehenden DGB-Kongreß wurde hingewiesen.

Die Gefahrenlinie

Es wird schwierig sein, für solche Behauptungen Beweise zu erbringen. Fest steht jedenfalls, daß nach einem fast einjährigen Stillstand in der Lohnbewegung sich die wirtschaftlichen Verhältnisse über Erwarten günstig gestaltet haben, so daß ein Versuch der Arbeitnehmer, an den verbesserten Erträgen beteiligt zu werden, eigentlich nicht überraschend kommt. Fraglich ist nur, wo und ob die gewerkschaftlichen Forderungen über die Gefahrenlinie hinausgehen, wo etwa unerwünschte Preiserhöhungen die Folge wären mit der ersten Gefahr eines Nachlassens der deutschen Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten und eines Rückgangs der Kaufkraft des Geldes.

Geringe Lohndifferenzen

An sich sind die Lohndifferenzen, um derenwillen die Streiks in Bayern und Hamburg

schließlich ausgebrochen sind, nicht hoch: 12 Pfennig haben die Gewerkschaften je Stunde Lohnerhöhung gefordert. Dabei mußten sie von vornherein damit rechnen, mit diesem Verlangen nicht ganz durchzudringen. Das liegt im Wesen des Verhandelns. Auf 8 Pfennig lautete das letzte Angebot des Arbeitgeberverbandes.

Anordnungen klappten nicht ganz

Inzwischen hat der bayerische Arbeitsminister einen anscheinend dazwischenliegenden Einigungsvorschlag gemacht, über den die Sozialpartner neu beraten werden. Das wird in der erhitzten Atmosphäre nicht so leicht sein, obwohl anscheinend beide Sozialpartner schon am ersten Streiktag überraschende Erfahrungen machen mußten. Auf beiden Seiten haben die Anordnungen der Verbände nicht ganz geklappt: Die Gewerkschaften gaben zu, daß nur eine geringere Zahl von Angestellten als vorher für den Streik gestimmt habe, an ihm teilzunehmen. Ganze Belegschaften in Klein- und Mittelbetrieben, so berichten die Arbeitgeber, sind dem Streik ferngeblieben. Zu kaum 50 Prozent wurde die Streikparole befolgt, sagen sie, während die Gewerkschaften von einer überwältigenden Mehrheit der Streikenden sprechen und darüber hinaus 49 Firmen nennen, die aus der Disziplin gegenüber dem Arbeitgeberverband ausgebrochen seien und die ursprünglichen Lohnforderungen gebilligt hätten. Offenbar sind die „Kollektivismen“ der Verbände auf beiden Seiten bereits auf einen unerwarteten bayerischen Individualismus gestoßen, der die verhärteten Fronten aufzuweichen beginnt.

Dem Fernstehenden ist der soziale Kurzschluß weder in Bayern und noch weniger in Hamburg, wo die Sozialpartner praktisch nur noch um zwei Pfennig je Stunde voneinander entfernt sind, nur schwer verständlich zu machen, zumal eine Einigung in der württembergisch-badischen Metallindustrie unmittelbar vorher kampfflos gelang. Neben der Zulage für den Ecklohn scheinen in Bayern auch die Vorstellungen über die zweckmäßigsten Lohnstufen auseinanderzugehen. Die Arbeitgeber möchten den rar gewordenen Facharbeiter begünstigen, die Gewerkschaften dagegen den Hilfsarbeiter. Wahrscheinlich hat der bayerische Arbeitgeberverband auch eine größere Anzahl von Grenzbetrieben (sowohl im ökonomischen wie im geographischen Sinne), auf die er Rücksicht nehmen will, da sie von der gleichen Lohnerhöhung ungleich schwerer getroffen werden als andere Betriebe. Dadurch könnte die Frage aufgeworfen werden, ob so uneinheitliche Verhältnisse, wie sie im bayerischen Wirtschaftsgebiet vorhanden sind, überhaupt zweckmäßig durch einen einzigen Tarifvertrag zu regeln sind.

Kein Prestigekampf

Die Hauptsache ist jetzt, daß sich die Streikhandlungen nicht in die Länge ziehen, daß sie nicht zu einem Prestigekampf und einer Kraftprobe von wochenlanger Dauer ausarten, bei der selbst die unstrittigen Pfennige an geforderter Lohnerhöhung nicht ausreichen würden, um die Lohnverluste der Beteiligten in abschbarer Zeit überhaupt wettzumachen. Auch die Unternehmer sollten unter dem Gesichtspunkt ihrer eigenen Interessen ähnliche Überlegungen anstellen. Es wäre falsch, bei jedem Lohnkampf mit dem nationalen Zaunpfahl zu winken und den Produktionsausfall zu übertreiben. Eine große Zahl solcher Streikaktionen könnte aber selbst unserer an sich schon gut fundierten Wirtschaft gefährlich werden. Das sollten wir schon an dem Jubel erkennen, mit dem sie von der Sowjetpresse begleitet werden.

Sicherheit durch den Fall John nicht gefährdet

Erklärung des Bundeskanzlers — Keine Geheimabreden

Bonn (DPA/AP). Bundeskanzler Dr. Adenauer hat in seiner ersten öffentlichen Stellungnahme zum Fall John eine gründliche Überprüfung des Verfassungsschutzapparates durch eine Reihe politisch unabhängiger Persönlichkeiten angekündigt. Zunächst sei festzustellen, ob die von John aufgebaute Organisation in ihrer alten Form bestehenbleiben könne. Ebenso sei zu prüfen, ob John ungeeignete Personen in das Amt eingebaut habe. Er hoffe im übrigen, daß der Oberbundesanwalt in kürzester Zeit den Fall John aufklären werde.

Wörtlich sagte Adenauer: „Der Übergang Dr. Johns in die Sowjetzone ist erschreckend. Ich bitte aber, davon überzeugt zu sein, daß der Schaden, den er anrichtete, nicht so groß ist, wie sich mancher zunächst gedacht hat.“ Johns Erklärungen trügen den Stempel der Unwahrscheinlichkeit. So sei die Behauptung unwahr, daß er die Geheimabreden zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft kenne. „Es gibt keine Geheimabreden zur EVG, daher kann er auch keine kennen.“

Das Wissen Dr. Johns habe sich auf die Beobachtung von rechts- und linksradikalen Elementen beschränkt. Mit militärischen Angelegenheiten habe das Verfassungsschutzamt nichts zu tun.

Der Kanzler fügte hinzu: „Alle können überzeugt sein, daß der Fall John zwar eine ernste Veranlassung ist, sehr genau diesen ganzen Teil der staatlichen Arbeit nachzuprüfen, daß er aber unsere Sicherheit nicht gefährdet.“

Wenn Dr. John jetzt behauptet, daß er vom Osten her den Kampf gegen die „Neo-Nazisten“ führen wolle, so könne man darüber nur die Achseln zucken. „Es gibt keinen wiedererstandenen Nationalsozialismus in Deutschland, und ich verbürge mich dafür, daß er nicht wiedererstanden wird“, rief Adenauer aus.

In diesem Zusammenhang ging der Kanzler auch auf den 20. Juli und die Frage der Emigranten ein. Die Opfer des 20. Juli seien der Hochschätzung und Verehrung aller würdig. Wer damals in die Emigration gegangen sei, habe, wenn er ein ehrlicher Deutscher war, ebenfalls schwer gelitten.

Für die Bundesregierung, so versicherte der Kanzler in seiner Ansprache, bleibe die Politik

des europäischen Zusammenschlusses Grundlage ihrer Außenpolitik. Sie gewähre die einzige Möglichkeit, Moskau zu einer Änderung seiner Deutschlandpolitik zu veranlassen.

Wenn man die bisherige Haltung Frankreichs in der Europapolitik betrachte, so müsse man berücksichtigen, daß es schwere Probleme auf anderen Gebieten zu lösen gehabt habe. Auch seien in Frankreich schwerere psychologische Hemmungen vorhanden, als in der Bundesrepublik.

Die französische Befürchtung, Deutschland könne seine Wiedervereinigung mit Gewalt herbeiführen versuchen, sei grundlos.

Adenauer schloß: „Ich hoffe, daß die europäische Gemeinschaft, die die Position des freien Westens im Kalten Kriege stärken, Europa Frieden und Sicherheit geben und damit dem Frieden der Welt dienen wird, baldmöglichst zustande kommt.“

Dr. Adenauers Worte wiegen mehr als alle Sensationsberichte und tendenziösen Kombinationen, die nur verwirrt, aber nicht geklärt haben. Er nannte die Dinge beim Namen, stellte richtig und gab Auskunft, soweit er selbst dazu in der Lage ist.

Adenauers Rede war sowohl innen- als auch außenpolitisch formuliert. Für ihn ist der Fall John keine „Panne“ mit dem Präsidenten eines hohen Bundesamtes. Er befürchtet, daß bei der kommenden Europa-Ausinandersetzung in der französischen Nationalversammlung diese Affäre von den Gegnern einer militärischen deutschen Partnerschaft ausgenützt wird. Deshalb richtet sich Adenauers Wort mit besonderer Eindringlichkeit an Frankreich. Deshalb sagt er so entschieden, daß keine EVG-Geheimabreden bestehen.

Der Kanzler weiß, daß das eigentlich Gefährliche des Überlaufens von John nicht der Verrat irgendwelcher wichtiger oder gar lebenswichtiger Geheimnisse an den Osten ist, da John sich lediglich mit der Abwehr von Rechts- und Linksradikalen zu befassen hatte. Er erkennt vielmehr, daß die Gefahr darin besteht, durch die Affäre John den Gegnern der Bundesrepublik in Ost und West neue Argumentationen zu bieten.

500 000 DM Belohnung

Bonn (DPA). Bundesinnenminister Dr. Schröder hat für die restlose Aufklärung des Falles John eine Belohnung von einer halben Million DM ausgesetzt. Zweckdienliche Angaben sollen an den Oberbundesanwalt beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe gerichtet werden.

Pankow will bluffen

Bonn (DPA). Meldungen aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet über fortgesetzte Verhaltungen von Vertrauensleuten des Bundesamtes für Verfassungsschutz und der Organisation Gehlen hätten sich bisher nicht bewahrheitet, wurde von

zuständiger Bonner Seite erneut betont.

Offenbar wolle Pankow durch solche Meldungen den Anschein erwecken, als habe John den östlichen Stellen weitgehende Einblicke in die Arbeitsweise und die personelle Zusammensetzung seines Mitarbeiterstabes gegeben.

Undiskutables Familienrecht

Bonn (DPA). Bundesjustizminister Fritz Neumayer wird den Brief Hilde Benjamins nicht beantworten, in dem ein unmittelbarer Gedankenaustausch über die Gestaltung des Familienrechts vorgeschlagen worden war.

Hauptaufgabe: Wiedervereinigung

Heidelberg (DPA). 350 Vertreter von Studentengemeinden aus der Sowjetzone und 800 aus der Bundesrepublik trafen sich zum 3. Deutschen Evangelischen Studententag in Heidelberg. Im Verlauf der Tagung, die in der vergangenen Woche beendet wurde, hat es sich gezeigt, daß das Thema „Das Reich der Deutschen“, das eine Klärung der Begriffe Vaterland, Volk, Staat und Nation bringen sollte, von der jungen Studentengeneration als weniger dringend empfunden wurde gegenüber der Frage der Wiedervereinigung.

Erst war es „anrücklich“

Grotewohl nimmt US-Hilfe an

Bonn (AP/DPA). Pankow hat überraschend das Lebensmittelhilfe-Angebot Präsident Eisenhowers für die Hochwasserschädigten in der Zone angenommen. Ein entsprechendes Schreiben Grotewohls wurde vom sowjetischen Oberkommissar Puschkin dem amerikanischen Oberkommissar Conant zur Weiterleitung an Eisenhower übermittelt.

In dem Schreiben Grotewohls heißt es: „Die Regierung der DDR dankt dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika für das Angebot in seiner Erklärung vom 29. Juli 1954, der Bevölkerung der von der Überschwemmung betroffenen Gebiete der Deutschen Demokratischen Republik Hilfe zu leisten.“

Noch kurz zuvor hatte das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ das amerikanische Anerbieten als „anrücklich“ bezeichnet und behauptet, es diene nur dem Zweck, das „arg geplatzte Agentennetz wieder zu flicken“. Nach Grotewohls Zustimmung schrieben die Ostberliner Blätter plötzlich, die Annahme der Spende sei gerechtfertigt, weil das Hilfsangebot „diesmal nicht mit politischen Bedingungen verknüpft“ sei. Das SED-Organ „Neues Deutschland“ schrieb jetzt auf einmal: „Eine Geste, wenn sie in freundschaftlicher Absicht und ohne“

Sowjetnoten ohne Einfluß

Westmächte beraten - Nicht im Eiltempo

Paris (AP/DPA). Die sowjetische Regierung wird das ihren neuen Noten von westlichen diplomatischen Kreisen zugeschiedene Ziel, nämlich die EVG-Debatte in Frankreich zu verzögern, nicht erreichen. Die französische Regierung gab bekannt, daß ihr Arbeitsprogramm durch die neue sowjetische Initiative nicht berührt wird.

Die von der sowjetischen Regierung geforderte rasche Einberufung einer Viermächte-Außenministerkonferenz wird von den drei Westmächten voraussichtlich abgelehnt werden. Sie wollen jedoch die Tür zu

weiteren Verhandlungen für den Fall offen lassen, daß die Sowjetunion die westlichen Bedingungen für die Wiedervereinigung Deutschlands — freie gesamtdeutsche Wahlen vor der Bildung einer Regierung — akzeptiert.

Die Sachverständigen der drei Westmächte, die in London zu einer ersten Besprechung über die Antwort auf die letzten beiden sowjetischen Noten zusammenkamen, haben sich auf nächste Woche vertagt. Ein Termin wurde nicht festgesetzt. Wie ein Sprecher des britischen Außenministeriums erklärte, bestehe kein Grund, die westliche Antwort im Eiltempo abzufassen.

Balkanpakt unterzeichnet

Bled (AP/DPA). Die Außenminister Jugoslawiens, Griechenlands und der Türkei unterzeichneten in dem slowenischen Kurort Bled ein auf zwanzig Jahre befristetes Verteidigungsabkommen, das die drei Staaten zu gemeinsamem Handeln im Falle einer Aggression verpflichtet. Das Abkommen ergänzt den Vertrag vom Februar 1953 über die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit der drei Staaten.

Ferngelenkte Geschosse

Washington (AP). Die amerikanische Armee gab bekannt, daß in Kürze das erste mit ferngelenkten Geschossen ausgerüstete Feldartillerie-Bataillon nach Europa verlegt wird.

Persiens Ölfelder arbeiten wieder

Teheran (AP/DPA). Unter den britisch-persischen Ölkonflikt, der seit über drei Jahren eine wirksame Entspannung im Nahen Osten verhinderte, ist ein Schlußstrich gezogen worden. Die persische Regierung und eine Gruppe von acht internationalen großen Ölgesellschaften gaben den Abschluß eines Vertrages bekannt, der Persien innerhalb der nächsten drei Jahre wieder zu einem der größten Erdölproduzenten der Welt machen wird.

Das Abkommen regelt die Wiederaufnahme der Ölproduktion, die Gewinnaufteilung und die Abfindung, die Persien an die frühere Eigentümerin der Ölfelder, die Britisch-Persische Ölgesellschaft, zahlen wird.

Die britische Regierung begrüßte das Abkommen als „einen bedeutenden Beitrag zur Stabilisierung des ganzen Nahen Ostens“. Auch in Washington und Paris wurde das neue Erdölabkommen mit großer Befriedigung aufgenommen.

Gottlosenpropaganda ohne Erfolg

Die Religion in der Sowjetunion — Brutale Kampfmittel weichen der Taktik

Die Männer im Kremel haben ihren direkten Krieg gegen die Religion aufgeben müssen. Die Zerstörung der Gotteshäuser, die Tötung und Deportation von Priestern, all der Schrecken, mit dem der militante Atheismus den Glauben abzuschaffen trachtete, haben sich schließlich als unwirksam erwiesen. Die brutale Gottlosenpropaganda ist einer subtileren Taktik gewichen.

Heute neigt man von kommunistischer Seite dazu, die Religion als ein beklagenswertes, aber an sich harmloses Relikt primitiver menschlicher Entwicklungsstufen zu betrachten und ihr die Erziehung zum „wissenschaftlichen“ Denken entgegenzuhalten. Dabei setzt man die ganze „Hoffnung“ auf die junge Generation.

Aber neueren Berichten aus der Sowjetunion — so zum Beispiel dem Bericht der deutschen Journalistin Brigitte Gerland über das Massenarbeitslager Workuta am Polarkreis — entnimmt man die erstaunliche Tatsache, daß junge russische Intellektuelle, zumeist aus der alten bolschewistischen Führungsschicht stammend und orthodox materialistisch erzogen, ganz von selbst den Weg zum Evangelium finden. Es wird heute, wie in alten Zeiten, von den Gläubigen in Handabschriften verbreitet. Brigitte Gerland berichtet von einigen Gruppen erweckter junger Menschen, die wegen „religiöser Propaganda“ nach Workuta gebracht worden waren und ihr Schicksal mit dem Heroismus frühchristlicher Blutzügel tragen.

Obwohl die Verfassung der UdSSR jedem Sowjetbürger die Freiheit der Religionsausübung verspricht, kann davon bis zum heutigen Tage keine Rede sein. Nur die Methoden der Unterdrückung wandelten sich und waren auch regional oft verschieden. Kurz nach der Revolution wurden zunächst sämtliche Klöster, Seminare und religiösen Schulen geschlossen, Priester und Mönche getötet oder verschleppt. Die Kirchen wurden geschändet, entweder zerstört — darunter überaus kostbare Bauwerke vom Rang der Moskauer Erlöserkathedrale — oder aber zu den denkbar profansten Zwecken mißbraucht.

Die Zahl der orthodoxen Kirchen wurde in der Zeit von 1917 bis 1941 von 46 457 auf 4225, die der Priester von 50 960 auf 5665 reduziert. Seit einigen Jahren werden jedoch, wie das Blatt des Moskauer Patriarchats berichtet, immer wieder neue Kirchen eröffnet, deren Wiederherstellung von den Gläubigen selbst bestritten wird. Auch ein Priesterseminar gibt es seit 1943 wieder in Moskau.

Eine der Waffen, die der So-

wjetstaat gegen die Religion erhob, ohne jedoch damit den beabsichtigten Zweck zu erreichen, war die Abschaffung der Siebentagewoche. Statt dessen galt von je sechs Tagen einer als Ruhetag, dergestalt, daß stets fünf Sechstel der Bevölkerung arbeiteten. Auf diese Weise war es natürlich unmöglich, daß die geheiligten Ruhetage der Christen, Mohammedaner und Juden — der Sonntag, der Freitag und der Sabbat — von den Gläubigen eingehalten wurden. Aber da Gläubige dieser Konfessionen sich immer wieder weigerten, an ihrem jeweiligen Feiertage zur Arbeit zu gehen, war der Staat genötigt, das Schema auszugeben.

Wissen ist, was Moskau nützt

Ausstellung kommunistischer Schulbücher in Westberlin

Im Bundeshaus Berlin wurde jetzt eine Ausstellung eröffnet, die mit erschreckender Deutlichkeit zeigt, wie weit bereits die Schulbücher in der Sowjetzone zum kommunistischen Totalangriff auf den Menschen gehören. Besonders begrüßenswert ist, daß diese Sammlung, die keines Kommentares bedarf, auch im Bundesgebiet und im Ausland zu sehen sein wird.

Selbst bei den Schulanfängern ist die propagandistische Linie bereits deutlich zu erkennen. Und hierin liegt wohl die größte Gefahr. Die Texte sind geschickt mit bunten Bildern umrahmt.

Unter der harmlosen Überschrift „Suche die Eigenschaftswörter heraus“ wird folgender Text geboten: „Güter ist Pionier und trägt ein blaues Halstuch. Er ist stolz darauf. Die blaue Farbe der FDJ ist das gemeinsame Zeichen deutscher Jungen und Mädchen.“

Und noch ein Beispiel aus der Grammatik: Im Gebrauch der Verhältniswörter sollen sich die Kinder an folgendem Beispiel schulen: „a) Wir arbeiten für den Frieden. Wofür arbeiten wir noch?“

Und in der Rundverfügung des Ministeriums für Volksbildung wird den Lehrern die dazugehörige Parole gegeben: „An

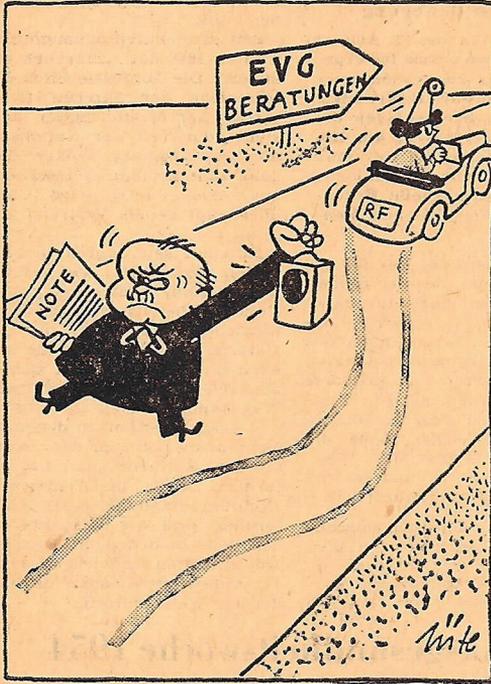
allen Schulen ist ständig an der Entwicklung eines sozialistischen Bewußtseins und einer sozialistischen Moral zu arbeiten.“ Was das bedeutet, ist bekannt: Erziehung zum Haß gegen alle Nichtkommunisten.

Daß die Politisierung im Geschichtsunterricht besonders weit getrieben wird, braucht kaum erwähnt zu werden. Mit der Teilung Polens hatte selbstverständlich Rußland nichts zu tun; die große sozialistische Oktoberrevolution eröffnete eine neue Epoche in der Geschichte der Menschen, die Epoche, in der die Menschen frei von jeder Ausbeutung leben und arbeiten können.

Auch der Unterricht in Länderkunde ist intensiv von Bewunderung für das Sowjetsystem durchsetzt. Hier zum Thema Moskauer U-Bahn: „In keinem kapitalistischen Land der Erde werden ähnliche Einrichtungen für die Werktätigen geschaffen.“

Die politisierte Schulliteratur trifft zwar die Kinder, aber es kann nicht übersehen werden, welche Tragik auch daraus für viele Lehrer erwächst. Sie müssen Tatsachen vermitteln, von denen sie wissen, daß sie unrichtig sind. Seit 1945 haben 70 000 Lehrer die Zone verlassen.

Fehlplanung



Trotz rotem Licht

Tanz um Tausendjahrfeier

Eine der ältesten sächsischen Garnisonstädte, die jetzige Kreisstadt Großenhain, wird in dieser Woche eintausend Jahre alt. Im Mittelalter spielte sie eine Rolle: sie lag an der alten Handelsstraße, die die zwei großen Handelsstädte Leipzig und Breslau miteinander verband. Jetzt ist Großenhain eine unbedeutende 20 000-Einwohner-Stadt mit zwei großen Kasernenkomplexen der sowjetischen Luftwaffe und der Kasernierten Volkspolizei.

An diesen Kasernen liegt es wohl, daß die SED-„Volksbefragung“ im Juni 1954 in Großenhain den höchsten „negativen“ Prozentsatz im ostsächsischen Bezirk Dresden aufwies. Und das vor der Tausendjahrfeier! Die Genossen der SED fürchte-

ten schon, sie würden auf Dresdener Befehl die Feier zur Strafe absagen müssen.

Die Genossen hatten Glück: Die Tausendjahrfeier durfte doch stattfinden. Und zwar deshalb, weil die Funktionäre in Dresden wiederum fürchteten, bei den „Volkswahlen“ am 17. Oktober noch mehr hereinzufallen, wenn sie das tausendjährige Jubiläum übergehen.

Ein trauriger Überblick nach 1000 Jahren Geschichte, dieser Tanz um Großenhains Tausendjahrfeier. Wenn man den Festzug auch noch so linientreu machte, eins wurde übrigens nicht gezeigt, was die Menschen in der tausendjährigen Stadt bewegt: ihre Sehnsucht nach Freiheit.

Wer soll das bezahlen?

SED finanziert Nuschke-Parteitag

Im Zeichen eines permanenten Zerfalls trifft die Parteileitung der Sowjetzonen-CDU gegenwärtig fieberhafte Vorbereitungen zu ihrem 7. Parteitag, der vom 21. bis 25. September in der Weimar-Halle stattfinden soll. Aus diesem Anlaß schickte sogar der Hauptdirektor der „VOB-UNION“ („Vereinigte Organisations-Betriebe“), Karl-Friedrich Franke, an die der „VOB“ unterstellten Verlage und Druckereien ein Sonderrundschreiben Nr. 1/54, in dem es u. a. heißt, der Parteitag müsse „zu einem Markstein in der Geschichte unserer Partei und in unserem gemeinsamen Kampf mit allen patriotischen Kräften unseres noch immer gespaltenen Vaterlandes gegen EVG, Militarismus, für Frieden, Einheit und Wiedervereinigung werden“.

Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, daß eine „Leistungsprämie“ von 500 Ostmark ausgesetzt wurde, die „nach dem Leistungsprinzip“ an den mit den Vorbereitungen des Parteitages beauftragten Personenkreis verteilt werden soll. Das ist aber nur eine geringe Ausgabe, gemessen an den enormen Kosten, die für diesen Parteitag „eingeplant“ sind. U. a. wird man eine sogenannte „Geschenkausstellung“ für die „fortschrittlichen Christen“ aus dem Ausland und eine „Kunstausstellung“ im Kunstkabinett am Goetheplatz zeigen.

Und wer soll das bezahlen...? Diese Frage bereitet der Parteileitung die geringsten Sorgen. Denn Otto Nuschkes Parteitage werden aus gutem Grund seit 1950 vom SED-Zentralkomitee und der Pankower Regierung finanziert. Als „kleine Gegenleistung“ müssen die Referate bereits am 15. September dort zwecks Überprüfung vorliegen. Daß auch die Manuskripte der Diskussionsbeiträge zum gleichen Termin vorgelegt werden müssen, ist besonders interessant.

„Ich seh Dich doch!“

Die rumänische Regierung hat eine Reihe von „Künstlerbrigaden“ auf Tournee durch die Landbezirke geschickt, um unter den Bauern Propaganda für die Erfüllung des Ablieferungssolls und das Verbleiben in den Kollektivwirtschaften zu machen. Die Stücke, die sie aufführen, richten sich in erster Linie gegen die Haltung der Bauern, die den staatlichen Ablieferungsstellen angeblich Getreide vorenthalten. Der sinnige Titel einer im Repertoire der Brigaden enthaltenen Posse ist denn auch: „Versteck' dich nicht, ich seh' dich doch!“

Ein evangelisches Weltkonzil

Evanston — Etappe der ökumenischen Bewegung

In Evanston bei Chicago werden sich vom 15. bis 31. August auf einem großen globalen Konzil 2000 Menschen aus 160 evangelischen und orthodoxen Kirchen für 14 Tage zu gemeinsamer Arbeit über die brennenden Fragen der Gegenwart treffen. Wir haben in Deutschland auf den evangelischen Kirchentagen die Wirksamkeit über erstarrte Fronten hinweg erfahren, die Bewegungen im Glauben haben können. Sollte es in Evanston gelingen, die Einheit der ökumenischen Christenheit glaubhaft zu bezeugen, dürfte diesem Treffen eine ebenso große Bedeutung zukommen, wie mancher internationalen politischen Konferenz.

Unter dem Einfluß der weltpolitischen Gesamtlage wird man die Freiheit in der Gemeinsamkeit des Glaubens zu manifestieren haben. Dies wird keine laute Proklamation sein. „Ich hoffe, daß wir ein paar wichtige Hilfen für die ein-

Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundort dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzuteilen.

mal in Amsterdam, um die ins Leben gerufene Idee der Einheit der Weltchristenheit, zu deren Notwendigkeit man sich vor allem nach den Erfahrungen des zweiten Weltkrieges bekannte, zu konkretisieren und gründete den Weltkirchenrat. In Evanston 1954 wird man zu sondieren haben, welchen Wert die sechsjährige Arbeit des Weltkirchenrates hatte und welche Bedeutung sie in Zukunft hat.

Die Etappen der ökumenischen Bewegung bezeichnen den Weg aus nationaler und konfessioneller Enge zu weltweiten Perspektiven, den die Kirchen

gleichzeitig mit einer politischen Entwicklung genommen haben, die heute mit globalen Maßstäben mißt.

Seit dem letzten ökumenischen Treffen 1948 hat sich vieles verändert: Die konfessionellen Unterschiede der Kirchen treten stärker hervor, und hinter ihnen steht zum Teil der Nationalismus erwachender Völker. 1948 kamen die größten Delegationen aus Asien. Jetzt wird China überhaupt keinen Vertreter entsenden.

Man hat seit Jahren in allen Teilen der Welt die geistige Vorbereitung dieses großen Treffens betrieben und dabei Einsichten erarbeitet, die das Material für die Gespräche sein werden. Dabei hat man sich so konkrete Fragen gestellt wie: Was kann Christen in Situationen gesagt werden, in denen sie nicht mehr politisch oder sozial arbeiten können? Man hat gefordert, daß die christliche Hoffnung einen Geist der Nüchternheit und des Respekts vor den verschiedenen historischen Möglichkeiten entwickeln sollte, der alle Gegebenheiten der modernen Welt ergreift.

Volksgesundheitswoche 1954

fachen Leute mitbringen“, sagte ein Mitarbeiter.

Das Generalthema der Vollversammlung: „Christus, die Hoffnung der Welt“ ist einerseits eine Manifestation und andererseits eine Frage: Warum die Christen nicht jene zusehenden und hoffnungsfrohen Menschen sind, nach denen sich ein angsterfülltes Jahrhundert die Augen aussieht.

Das Treffen am Michigansee ist eine wichtige Etappe in der ökumenischen Bewegung, und zweifellos nicht nur von kirchengeschichtlicher Bedeutung. 1925 begann die Ökumene mit der ersten großen Konferenz in Stockholm unter dem schwedischen Erzbischof Söderblom. 1948 traf man sich zum zweiten-

Vom 22. bis 28. August wird die zweite „Deutsche Volksgesundheits-Woche Berlin 1954“ auf dem Messegelände am Funkturm vom „Zentralverband der Ärzte für Naturheilverfahren“, dem Deutschen Gesundheitsmuseum Köln und anderen Verbänden für Lebensreform und Gesundheitskultur veranstaltet. Im Mittelpunkt stehen die Ausstellung „Sieben Tage Gesundheit für Dich“ sowie Großkundgebungen und Vorträge, bei denen namhafte Mediziner am Funkturm und in mehreren Schulen zu aktuellen Ernährungsfragen sprechen werden.

Die Ausstellung in der Halle IX wird sich in sechs großen Abteilungen unter anderem eine

Darstellung der modernen Ernährungslehre, biologische Kosmetik, moderne Dauerdiäten und Grundstoffe der Ernährung anschaulich zeigen.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt. Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 92 02 31. Druck: W. Büxenstein, GmbH.